



Protokoll

des Ordentlichen Kreisparteitages
FDP Kreisverband Düsseldorf
3. März 2012, „Handwerkskammer Düsseldorf“,
Georg-Schulhoff-Platz 1, 40211 Düsseldorf
Beginn: 10.00 Uhr

3. März 2012

Tagesordnungspunkte

1. Begrüßung und Feststellung der Formalien
2. Ehrung von Mitgliedern
3. Wahl eines Parteitagspräsidiums
4. Wahl der Schriftführer/-innen
5. Rede:

Bijan Djir-Sarai MdB

**Vorsitzender der Arbeitsgruppe Afghanistan der FDP-Bundestagsfraktion und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
zum Thema: „Außenpolitische Folgen des Arabischen Frühlings“**

6. Geschäftsbericht des Kreisverbandes und politische Rechenschaftsberichte aus Europa, Bund, Land und Kommune
7. Bericht des Schatzmeisters
8. Bericht der Kassenprüfer
9. Aussprache zu TOP 6 und 7
10. Entlastung des Kreisvorstandes
11. Wahl des Vorsitzenden der Zählkommission sowie der Stimmeneinsammler und -auszähler
12. Wahl des Kreisvorstandes
 - a) Kreisvorsitzende/r
 - b) zwei Stellvertreter/-innen
 - c) Schatzmeister/-in
 - d) Schriftführer/-in
 - e) vier Beisitzer/-innen
13. Wahl von zwei Rechnungsprüfern sowie zwei Stellvertretern
14. Wahl der Mitglieder des Kreishauptausschusses
15. Wahl von Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bezirksparteitag
16. Wahlvorschläge für Delegierte und Ersatzdelegierte zum Landesparteitag
17. Wahlvorschläge für Delegierte und Ersatzdelegierte zum Landeshauptausschuss
18. Anträge
19. Verschiedenes

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Formalien

Die Kreisvorsitzende Gisela Piltz begrüßt die Mitglieder, Gäste, sowie die anwesenden Vertreter der Presse. Sie begrüßt im Besonderen den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Afghanistan der FDP-Bundestagsfraktion und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Bijan Djir-Sarai MdB, und den Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Düsseldorf, Dr. Axel Fuhrmann.

Der Kreisparteitag gedenkt der verstorbenen Mitglieder Rolf F. Nagel, Karen Meysenburg und Eva Schranz-Kuhnke.

Dr. Axel Fuhrmann begrüßt die Anwesenden und heißt sie herzlich willkommen. Er bedankt sich bei Gisela Piltz und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann für die Unterstützung der Handwerkskammer.

Gisela Piltz beglückwünscht den Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Dr. Axel Fuhrmann zu seinem neuen Amt und hofft auf gute Zusammenarbeit.

Es wurde festgestellt, dass die Einladung zum ordentlichen Kreisparteitag mit der Tagesordnung und dem Satzungsänderungsantrag mit Schreiben vom 8. Februar 2013, in der vorgeschriebenen Frist von 21 Tagen, an alle Mitglieder ergangen ist. Die Anträge wurden mit Schreiben vom 23. Februar 2012 mit dem Geschäftsbericht des Kreisverbandes Düsseldorf und der Antragsübersicht der Anträge 1 bis 5 fristgerecht an alle Mitglieder zum Versand gebracht. Die Stimmberechtigung der Anwesenden wurde überprüft. Der Parteitag ist ordnungsgemäß geladen und daher beschlussfähig. Es sind 88 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

TOP 2 Ehrung von Mitgliedern

Gisela Piltz ehrt Dr. Michael Bergmann für seine 25jährige Mitgliedschaft in der FDP.

Für 50jährige Mitgliedschaft wird Eberhard Kiesner geehrt.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann ehrt Dr. Gerhard Knoke für seine 60jährige Mitgliedschaft in der FDP.

TOP 3 Wahl des Parteitagspräsidiums

Der Kreisvorstand schlägt folgende Personen vor:

- Helmut von Richter
- Johanna Spielberg
- Stefan Rosenthal

Das Präsidium wird einstimmig gewählt. Das Präsidium bedankt sich für das Vertrauen und übernimmt die Leitung des Parteitages.

TOP 4 Wahl der Schriftführer/-innen

Dem Kreisparteitag werden Margitha Rauchbach und Dina Simao-Voigt als Schriftführerinnen vorgeschlagen. Die Schriftführerinnen werden einstimmig gewählt und nehmen die Wahl an.

TOP 5 Rede Bijan Djir-Sarai MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Afghanistan der FDP-Bundestagsfraktion und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss zum Thema: „Außenpolitische Folgen des Arabischen Frühlings“

Bijan Djir-Sarai MdB spricht über die Kommunalpolitik, Außenpolitik und seine Arbeit im Auswärtigen Ausschuss.

Die Unruhen in Tunesien übertragen sich auf den gesamten arabischen Bereich. Vom Scheitern des Umschwungs kann nicht gesprochen werden, da der Prozess noch nicht beendet sei. Doch von der Demokratie, wie sie hier bekannt ist, sind diese Länder weit entfernt. Durchgesetzt haben sich zum Beispiel in Tunesien islamische Parteien, in Ägypten militärische und Libyen ist von demokratischen Strukturen weit entfernt, es regieren eher Stammesparteien. Russland und China sich stark involviert und verhindern die Demokratisierung. Die Türkei hat bis heute am stärksten von der Entwicklung profitiert, vor allem wirtschaftspolitisch. Das Türkische Regierungs- und Wirtschaftsmodell sei ein Vorbild, nicht das Iranische. So wird die Türkei auch wirtschaftlich in der Zukunft große Rolle spielen, wichtig auch für ihren Beitritt zur EU.

Die Aufklärung über Demokratie hat in diesen Ländern Priorität. Sie besitzen keine kommunalen Strukturen, eher herrscht das Stammesdenken. Doch nur durch kommunale Strukturen seien Demokratiedanken möglich. Es sei sehr positiv gemeinsam als Europäer aufzutreten, um Lösungen in dieser Region zu finden. Denn bis heute hat die Revolution die Demokratie nicht wirklich nach vorne gehoben. Islamische Parteien haben sich behauptet. Muslimische Parteien, die Realpolitik machen müssen, werden radikal, da sie sich sonst nicht durchsetzen können.

Frage von Dr. Heiko Gross: Kommunale Übernahme von Verantwortung sei bei Analphabeten schwierig. Ist das Ausbildungspotential in der arabischen Region ausreichend?

Antwort: Es gibt gut ausgebildete junge Menschen, die auch die Revolution ausgelöst haben. Aber die Masse sei ungebildet. Demokratische Strukturen zu bilden sei schwierig, da die meisten Menschen bildungsfern sind, gerade im ländlichen Bereich. Dort spielt die Religion eine große Rolle, diese bestimme, was gemacht wird. Dort ist der Strukturaufbau fast unmöglich. Kritik wird an den islamischen Parteien nicht ausgeübt. Sie werden als moralische Instanz angesehen, nicht als Politiker. Die Einbindung dieser Instanzen ist sehr schwierig. Nur durch Unterstützung in der Bildung können demokratische Strukturen ausgebaut werden. Doch die Zeit, um Bildung zu vermitteln, ist zu gering. Neue Formen der Gewalt und Diskussionsformen sind kaum mehr abzuwenden.

Frage von Herrn Leon Maximilian Micheisen: Hat Deutschland die Chance, als Ausgleich Einfluss auf die arabische Welt in Bezug auf Israel zu nehmen?

Antwort: Der Einfluss sei schwierig. Kommt es zu einem militärischen Konflikt zwischen Israel und Iran, ist es ein Konflikt in der gesamten Region. Israel macht sich mehr Gedanken als die anderen Staaten, da die Auswirkung auch durch ihre geografische Lage für sie wesentlich größer ist. Es wird versucht auf die Kräfte der Region und Israel einzureden, um eine Katastrophe abzuwenden.

Gisela Piltz bedankt sich bei Bijan Djir-Sarai für seine Rede.

TOP 6 Geschäftsbericht des Kreisverbandes und politische Rechenschaftsberichte aus Europa, Bund, Land und Kommune

Alexander Alvaro ist Mitglied des Präsidiums und als Vizepräsident des europäischen Parlaments gewählt worden. Er spricht über die Wichtigkeit der Liberalen, auch auf europäischer Ebene. Themen wie ACTA oder „Löschen statt sperren“ würden ohne Liberale in Europa kaum mehr angesprochen.

Gisela Piltz hebt die Bedeutung der Freiheit hervor und bezeichnet die FDP als Garant gegen Steuererhöhungen. Die Arbeitslosenquote sei auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, die privaten Konsumausgaben sind gegenüber der Zeit der rot-grünen Regierung um 13% gestiegen und die Neuverschuldung im Bundeshaushalt 2012 gesenkt. Auch hat sich die Finanzlage der Kommunen insgesamt verbessert. Deutschland ist weiter Exportweltmeister, wobei die Düsseldorfer Quote noch darüber liegt. Durch das Bildungs- und Teilhabepaket für sozial Schwache werden Chancen für Kinder von Geringverdienern, Hartz IV- und Wohngeldempfängern gesichert. Darstellungen von Kindesmissbrauch werden im Internet effektiv gelöscht, ELENA wurde abgeschafft und die Stiftung Datenschutz wird noch in diesem Jahr errichtet. Das umstrittene Abkommen ACTA wird Dank der FDP im Bund und im Europaparlament vom EuGH auf Vereinbarkeit mit den Grundrechten überprüft.

Sie bedankt sich ausdrücklich beim Kreisvorstand, der Landtagsfraktion, der Ratsfraktion, insbesondere Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Manfred Neuenhaus, den Orts- und Arbeitskreisvorsitzenden und den Jungen Liberalen, den Landes- und Bundesfachausschüssen, der Kreisgeschäftsführerin Margitha Rauchbach für die sehr gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Dr. Robert Orth erläutert die Wahl des Bundespräsidenten, spricht das Thema Neuwahlen an, das Ladenschlussgesetz, den Nichtraucherschutz, die Schulpolitik, Schuldenbremse und den Verfassungsschutz.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann bedankt sich bei: Manfred Neuenhaus mit guten Genesungswünschen, Thomas Nicolin, Gerhild Kocks mit vielen guten Genesungswünschen, Monika Lehmhaus, Dr. Veronika Dübgen, Michael Latka, Mirko Rohloff, Rainer Matheisen sowie der gesamten Ratsfraktion für die gute Zusammenarbeit.

Ihr Dank gilt dem Kreisvorstand und Gisela Piltz. Sie erwähnt das gute Miteinander mit der CDU, den ausgeglichenen Haushalt, damit ein gutes Investitionsklima für ausländische Investoren, betrachtet die Chancen bei neuen Projekten, nicht immer das Risiko, erläutert die Wohnungssituation und die Betreuungseinrichtungen in Düsseldorf. Sie bittet die Landtagsfraktion, Gelder der Kommunen nicht einfach an andere Kommunen weiter zu geben, da die Gelder denen gehören, die gut gewirtschaftet haben. Die FDP sei nicht die Titanic, sie sei der Eisberg.

TOP 7 Bericht des Schatzmeisters

Schatzmeister Klaus Burkhardt gibt folgende Zahlen für 2011 bekannt:

Einnahmen	€ 132.177,00
Ausgaben	€ 113.232,00
Überschuss	€ 18.945,00

Mit dem positiven Übertrag aus dem Vorjahr in Höhe von € 13.187,00 hatten wir mit dem 31.12.2011 eine Rücklage von € 32.132,00.

Die beiden Vorjahre 2009 und 2010 waren übrigens Wahljahre und brachten uns einen Verlust von insgesamt € 55.000,00.

Die großen Posten auf der Ausgabenseite waren wie immer unsere Abgaben an Bundes- und Landesverband mit € 38.000,00, Personalkosten € 30.000,00, der Rest in Höhe von € 45.000,00 für Miete, Porto, Druckkosten usw. bewegt sich in dem üblichen Rahmen. Wobei wir im Berichtsjahr auch unseren gelungenen Internetauftritt finanziert haben.

Die allgemeine Situation möchte ich so beschreiben:

Der im Geschäftsbericht ausgewiesene Mitgliederrückgang beträgt etwa 7%. Der Rückgang der Beitragszahlungen liegt, wenn ich die ausstehenden Beiträge von 2011 in Höhe von € 9.000,00 noch berücksichtige bei 3%. Der dramatische Zustand der Partei spiegelt sich demnach in unseren Finanzen noch nicht wieder.

Im vergangenen Jahr habe ich einen Überschuss von € 40.000,00 prophezeit, das haben wir leider nicht erreicht. In diesem Jahre sollten wir den Versuch noch einmal erfolgreich versuchen, damit wir für die Wahljahre gut gerüstet sind.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine Bemerkung zum Thema der letzten Wochen in der Stadt machen. Von Jeglichen Unregelmäßigkeiten in Sachen Spenden und Zuwendungen von städtischen Töchtern oder Firmen sind wir

nicht betroffen. Der Anteil von Spenden an unseren Einnahmen ist ohnehin minimal und kommt ausschließlich aus Zuwendungen von Mitgliedern.

TOP 8 Bericht der Kassenprüfer

Thomas Nicolin gibt den Bericht gleichzeitig für den Kassenprüfer Dr. Michael Bergmann ab.

Am 1. März 2012 wurde in den Räumen der Geschäftsstelle die Buchhaltung des Kreisverbandes geprüft.

Die anfallenden Belege wurden laufend kontiert und monatlich über einen PC verbucht. Die Belege wurden in vier Ordnern gesammelt. Über die Verbuchungen wurden monatlich Journal-Listen und Kontenübersichten ausgedruckt. Die Kassenprüfer haben stichprobenartig anhand der Belege, Kontoauszüge und Mitgliederlisten die Verbuchungen sachlich und formal geprüft. Es haben sich keine Beanstandungen ergeben.

TOP 9 Aussprache zu TOP 6 und TOP 7

Sascha Henrich bedankt sich bei dem Kreisvorstand für die besonders gute Zusammenarbeit. Bittet um mehr Initiative auf die Bürger zu zugehen, auch außerhalb der Wahlkampfzeiten.

Michael Georg Meyer bittet die Bundestagsfraktion das Thema Subventionsabbau wieder aufzunehmen. Gisela Piltz bedankt sich für die Frage und wird dieses Thema noch einmal verschärft angehen.

TOP 10 Entlastung des Kreisvorstandes

Thomas Nicolin beantragt die Entlastung des Schatzmeisters und des Kreisvorstandes für das Berichtsjahr 2011. Er bedankt sich bei Klaus Burkhardt für seine Arbeit als Schatzmeister.

Der Schatzmeister und der Kreisvorstand werden einstimmig bei Enthaltung der Betroffenen entlastet.

Gisela Piltz bedankt sich bei Gerhild Kocks, Laura Görtz und Stefan Rosenthal für Ihre Arbeit im Kreisvorstand. Alle drei werden bei der Wahl des Kreisvorstandes nicht wieder kandidieren.

TOP 11 Wahl des Vorsitzenden der Zählkommission sowie der Stimmeneinsammler und -auszähler

Auf Vorschlag des Kreisvorstandes wird Ingo Denzel einstimmig bei eigener Enthaltung zum Vorsitzenden der Zählkommission gewählt und nimmt die Wahl an.

Die Ortsvorsitzenden sowie die JuLis benennen Stimmeneinsammler und -auszähler aus ihren Reihen:

- JuLis: Dr. Daniel Brzoza
- OV 1: Jan Eugen Buchner, Dr. Manfred Drillisch
- OV 2: Patrick Bölling
- OV 3: Claas Wrocklage
- OV 4: Dr. Ulrich Peters
- OV 5: Dietmar Hoffbauer
- OV 6: Karsten Dörges
- OV 7: Ingo Denzel
- OV 8: Rosalia Suciú-Sibianu
- OV 9: Dr. Jürgen Degethoff

Die benannten Personen werden einstimmig gewählt.

TOP 12 Wahl des Kreisvorstandes

a) Kreisvorsitzende/r

Alexander Alvaro schlägt Gisela Piltz zur neuen Kreisvorsitzenden vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge. Sie ist bereit zu kandidieren. Es wird keine Vorstellung gewünscht. Helmut von Richter bittet darum, auf Stimmzettel 1 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	
Abgegebene Stimmen	80
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	80
Absolute Mehrheit	41
Enthaltungen	1
Nein-Stimmen	2
Ja-Stimmen	77

Damit ist Gisela Piltz mit absoluter Mehrheit gewählt. Sie nimmt die Wahl an und bedankt sich für das in sie gesetzte Vertrauen.

b) zwei Stellvertreter/-innen

Gisela Piltz schlägt Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann als erste Stellvertreterin vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge. Sie ist bereit zu kandidieren. Es wird keine Vorstellung gewünscht. Stefan Rosenthal bittet darum, auf Stimmzettel 2 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	
Abgegebene Stimmen	85
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	85
Absolute Mehrheit	43
Enthaltungen	2
Nein-Stimmen	1
Ja-Stimmen	82

Damit ist Dr. Marie-Agnes Strack Zimmermann mit absoluter Mehrheit gewählt. Sie nimmt die Wahl an und bedankt sich für das in sie gesetzte Vertrauen.

Dr. Burkhard Hirsch schlägt Dr. Robert Orth als zweiten Stellvertreter vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge. Er ist bereit zu kandidieren. Es wird keine Vorstellung gewünscht. Stefan Rosenthal bittet darum, auf Stimmzettel 3 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	
Abgegebene Stimmen	80
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	80
Absolute Mehrheit	41
Enthaltungen	8
Nein-Stimmen	25
Ja-Stimmen	47

Damit ist Dr. Robert Orth mit absoluter Mehrheit gewählt. Er nimmt die Wahl an und bedankt sich für das in ihn gesetzte Vertrauen.

c) Schatzmeister/-in

Gisela Piltz schlägt Klaus Burkhardt für die Wahl zum Schatzmeister vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge. Er ist bereit zu kandidieren. Es wird keine Vorstellung gewünscht. Stefan Rosenthal bittet darum, auf Stimmzettel 4 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	
Abgegebene Stimmen	84
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	84
Absolute Mehrheit	43
Enthaltungen	1
Nein-Stimmen	5
Ja-Stimmen	78

Klaus Burkhardt hat die absolute Mehrheit erreicht. Er bedankt sich für das Vertrauen und nimmt die Wahl an.

d) Schriftführer/-in

Sebastian Rehne schlägt Dr. Gerhard Hansen für das Amt des Schriftführers vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge. Er ist bereit zu kandidieren. Es wird eine Vorstellung gewünscht. Stefan Rosenthal bittet darum, auf Stimmzettel 5 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	
Abgegebene Stimmen	81
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	81
Absolute Mehrheit	42
Enthaltungen	5
Nein-Stimmen	9

Ja-Stimmen 67

Dr. Hansen ist mit absoluter Mehrheit der Stimmen gewählt. Er bedankt sich für das Vertrauen und nimmt die Wahl an.

e) vier Beisitzer/-innen

Dr. Bernhard Piltz schlägt vor, eine verbundene Einzelwahl vorzunehmen.

Sascha Henrich bittet darum, die Beisitzer einzeln zu wählen.

Es wird abgestimmt: mit relativer Mehrheit wird die Wahl der vier Beisitzer in verbundener Einzelwahl durchgeführt.

Dr. Burkhard Hirsch schlägt Peter Dietlmaier vor. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann schlägt Sönke Willms-Heyng vor.

Klaus Burkhardt schlägt Michael Dimitrov vor. Dr. Bernhard Piltz schlägt Jan Matthes vor. Klaus Burkhardt schlägt Ulf Montanus vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge. Es wird Vorstellung gewünscht. Peter Dietlmaier, Michael Dimitrov, Jan Matthes, Ulf Montanus und Sönke Willms-Heyng stellen sich vor. Johanna Spielberg bittet darum, auf Stimmzettel 6 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	Peter Dietlmaier	Michael Dimitrov	Ulf Montanus	Jan Matthes	Sönke Willms-Heyng
Abgegebene Stimmen	81	81	81	81	81
Ungültige Stimmen					
Gültige Stimmen					
Absolute Mehrheit	42	42	42	42	42
Enthaltungen					
Nein-Stimmen					
Ja-Stimmen	64	68	45	45	39

Die Kandidaten Michael Dimitrov, Peter Dietlmaier, Ulf Montanus und Jan Matthes wurden mit absoluter Mehrheit der Stimmen gewählt. Sie bedanken sich für das Vertrauen und nehmen die Wahl an.

TOP 13 Wahl von zwei Rechnungsprüfern sowie zwei Stellvertretern

Helmut von Richter schlägt die Wiederwahl der beiden Rechnungsprüfer Thomas Nicolin und Dr. Michael Bergmann vor. Helmut Bärsch schlägt Dr. Bernd Hölzenbein vor. Es wird keine Vorstellung gewünscht. Helmut von Richter bittet darum, auf Stimmzettel 7 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	Dr. Michael Bergmann	Thomas Nicolin	Dr. Bernd Hölzenbein
Abgegebene Stimmen	68	68	68
Ungültige Stimmen			
Gültige Stimmen			
Absolute Mehrheit	35	35	35
Enthaltungen	3	3	3
Nein-Stimmen	1	1	1
Ja-Stimmen	55	53	7

Bei Enthaltung der Betroffenen werden Dr. Michael Bergmann und Thomas Nicolin mit großer Mehrheit als Rechnungsprüfer gewählt und nehmen die Wahl an. Dr. Bernd Hölzenbein wurde als Stellvertreter gewählt.

TOP 14 Wahl der Mitglieder des Kreishauptausschusses

Auf dem vorbereiteten weißen Stimmzettel werden gemäß den Angaben des Präsidiums die Namen der Mitglieder des neuen Kreisvorstandes (Gisela Piltz, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Dr. Robert Orth, Klaus Burkhardt, Dr. Gerhard Hansen, Michael Dimitrov, Peter Dietlmaier, Ulf Montanus, Jan Matthes) gestrichen. Die Stimmzettel werden auf Veränderungen überprüft. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Alle Kandidaten erklären sich mit der Kandidatur einverstanden. Es können bis zu 42 Stimmen vergeben werden und ein JuLi-Mitglied wird benannt. **Wahlperiode ist vom 1. April 2012 bis zum 31. März 2014.**

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen. Die Auszählung erfolgt am Montag, 4. März 2012, 10.30 Uhr, in der Kreisgeschäftsstelle, Sternstraße 44. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los aus der Hand des Wahlleiters.

TOP 15 Wahl von Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bezirksparteitag

Johanna Spielberg verweist auf den vorbereiteten grünen Stimmzettel. Die Stimmzettel werden auf Veränderungen überprüft. Alle Kandidaten erklären sich mit der Kandidatur einverstanden. Dominik Fanatico wird zusätzlich vorgeschlagen und aufgenommen. Es wird keine Vorstellung gewünscht. Es können bis zu 66 Stimmen vergeben werden. **Wahlperiode ist vom 1. April 2012 bis zum 31. März 2014.**

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen. Auszählmodus wie TOP 14. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los aus der Hand des Wahlleiters.

TOP 16 Wahlvorschläge für Delegierte und Ersatzdelegierte zum Landesparteitag

Johanna Spielberg verweist auf den vorbereiteten gelben Stimmzettel. Die Stimmzettel werden auf Änderungen überprüft. Alle Kandidaten erklären sich mit der Kandidatur einverstanden. Es gibt keine zusätzlichen Vorschläge. Es können bis zu 30 Stimmen vergeben werden. **Wahlperiode ist vom 1. April 2012 bis zum 31. März 2014**

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen. Auszählmodus wie TOP 14. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los aus der Hand des Wahlleiters.

TOP 17 Wahlvorschläge für Delegierte und Ersatzdelegierte zum Landeshauptausschuss

Johanna Spielberg verweist auf den vorbereiteten blauen Stimmzettel. Die Stimmen werden auf Änderungen überprüft. Laura Görtz wird nicht kandidieren. Alle anderen Kandidaten erklären sich mit der Kandidatur einverstanden. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Bis zu vier Stimmen können vergeben werden. **Wahlperiode vom 1. April 2012 bis zum 31. März 2014.**

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen. Auszählmodus wie TOP 14. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los aus der Hand des Wahlleiters.

TOP 18 Anträge

Es wurden 1 Satzungsänderungsantrag und 5 Anträge fristgerecht eingereicht.

Antrag zur Geschäftsordnung: Die Kreisvorsitzende, Gisela Piltz, beantragt den Satzungsänderungsantrag aufgrund der bereits fortgeschrittenen Zeit und der noch zu behandelnden Anträge auf den nächsten außerordentlichen Kreisparteitag nach den Sommerferien zu vertagen. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

- **Antrag 1** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2012
Antragsteller: Junge Liberale Düsseldorf

Freiheit und Sicherheit für Düsseldorf

Der Kreisparteitag möge beschließen:

„Freiheit ist das zentrale Gut des Liberalismus. Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und die Abwesenheit äußerer Zwänge sind für uns Liberale maßgebliche Ideale. Freiheit ist dabei nicht zu verwechseln mit Beliebigkeit und Willkür. Sie findet ihre Grenzen in den Schranken des Rechtes, das alle Menschen bindet und ihre Freiheit schützt. Für uns ist die Schaffung und Durchsetzung des Rechts die erste und wichtigste Aufgabe des Staates.

Freiheit braucht Sicherheit. Um persönliche Freiheit leben zu können, müssen die Bürger sicher sein, dass der Staat ihre Rechte schützt und durchsetzt. Freiheit und Sicherheit befinden sich in einem permanenten Spannungsverhältnis. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar, Sicherheit ohne Freiheit wertlos. Wir Liberale garantieren beides. Statt auf symbolische neue Eingriffsbefugnisse für Sicherheitsbehörden setzen wir als entschiedene Vertreter eines freiheitlichen Rechtsstaates auf die konsequente Anwendung und Durchsetzung des bestehenden Rechtes. Die Qualität eines funktionierenden Rechtsstaates steigt nicht mit der Anzahl der Gesetze und Verordnungen, sondern mit deren Effektivität und Effizienz. Weder akzeptieren wir unnötige Eingriffe in die individuelle Freiheit der Menschen, noch ein dauerhaftes Vollzugsdefizit geltenden Rechtes. Dabei ist für uns klar, dass bei der Rechtsdurchsetzung die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt werden muss. Totale Sicherheit und Ordnung kann und wird es nicht geben.

Freiheit und Sicherheit sind nicht bloß Landes- und Bundesthemen. Gerade auch in ihrer unmittelbaren Umgebung leben die Menschen ihre Freiheit und brauchen objektive und subjektive Sicherheit. Die Stadt kann durch vielfältige Maßnahmen zur Auflösung des Spannungsverhältnisses beitragen und so am Ende beides leisten: Freiheit und Sicherheit für Düsseldorf.

Die Herstellung von Sicherheit und die Bekämpfung von Kriminalität sind originäre Aufgaben der Polizei. Präventionsarbeit kann und muss aber auch die Stadt leisten. Vielfach kann durch städtisches Handeln die Kriminalitätsgefährdung deutlich gesenkt werden. In der Vergangenheit war es vielfach die Städtebaukultur, durch die Angsträume und Kriminalitätsschwerpunkte erst geschaffen wurden. Hier wollen wir den positiven Trend zu einer lockeren und freundlicheren Stadtplanung weiter vorantreiben. Öffentliche Angsträume sind abzubauen, potentielle Tatorte durch städtebauliche Maßnahmen zu entschärfen. Wir wollen

- bereits bei der Planung von städtebaulichen Maßnahmen die Sicherheit der Bürger in die Überlegungen einbeziehen;
- öffentliche Angsträume und Kriminalitätsschwerpunkte durch bessere Lichtverhältnisse, eine verstärkte Grünpflege und ansprechende Stadtmöblierung heller, übersichtlicher und freundlicher gestalten;
- alle Unterführungen im Düsseldorfer Stadtgebiet bei Dunkelheit ausleuchten;
- an Haltestellen des ÖPNV sowie in deren unmittelbarer Umgebung das Sicherheitsgefühl durch gute Lichtverhältnisse und eine Rückführung von unübersichtlichem Gebüsch verbessern;
- Vorschläge der Bürger aufnehmen und prüfen, an welchen Orten die Beleuchtung verbessert und unübersichtliches Gestrüpp zu Gunsten von Rasenstreifen zurückgeführt werden kann.

Ein wesentliches städtisches Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ist der kommunale Ordnungs- und Servicedienst (OSD). Dieser leistet einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung der Aufgaben des Ordnungsamtes und der Düsseldorfer Straßenordnung. Über seine Streifentätigkeit erhöht er nachhaltig das Sicherheitsgefühl der Bürger und steht ihnen im Sinne des Servicegedankens als Ansprechpartner und Helfer zur Seite. Er hat seine optimale Personalstärke erreicht. Wir werden die Aufgaben des OSD weiter optimieren und seinen Servicegedanken stärken. Wir wollen

- keine Übertragung polizeilicher Befugnisse (wie das Erteilen von Platzverweisen oder die Anwendung von un-mittelbarem Zwang) an den OSD;
- keine Sonder- und Wegrechte für den OSD. Dessen Dienstfahrzeuge benötigen kein Blaulicht und keine akustische Signalanlage;
- die Kooperation mit der Polizei fortsetzen und das Modell der Doppelstreifen beibehalten. Dabei dürfen die Aufgaben jedoch nicht vermischt werden, die jeweiligen Zuständigkeiten und Befugnisse müssen für die Bürger klar erkennbar sein;
- die Uniform des OSD freundlicher und bürgernäher machen. Dabei muss der OSD auch aus der Entfernung gut von der Polizei zu unterscheiden sein. Die momentane overallartige Bekleidung ist hierfür nicht geeignet, das Barett ist als militärische Kopfbedeckung für den OSD inakzeptabel;
- eine zweckmäßige Ausstattung, aber keine teuren Prestigeobjekte wie Segways o.ä. Zur Ausrüstung soll außer einem Pfefferspray zum Selbstschutz keine Bewaffnung gehören; Diensthunde benötigt der OSD nicht;
- die Streifentätigkeit des OSD lageangepasst enden lassen. Freitags und samstags kann sie über die bestehende Zeit hinaus verlängert werden.

Durch das Setzen der richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen hat die Stadt die Möglichkeit, zu mehr Sicherheit und Ordnung in Düsseldorf beizutragen. Gleichzeitig dürfen Freiheits- und Bürgerrechte nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Hier werden wir auch in Zukunft für die richtige Balance sorgen. Wir wollen

- keine Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze. Lediglich Kameraüberwachung auf Bahnhöfen, in unterirdischen Haltestellen und in Bussen und Bahnen des ÖPNV halten wir in bestimmten Fällen für angemessen;
- keine Alkoholverbote am Burgplatz oder anderswo. Diese wären unverhältnismäßige Eingriffe in die persönliche Freiheit der Menschen;
- § 6 der Straßenordnung (störendes Verhalten auf Straßen und in Anlagen) auch in Zukunft maßvoll und umsichtig anwenden;
- Straßenprostitution nicht dulden;
- die Durchsetzung des Jugendschutzes auch weiterhin gewährleisten. Durch die Stadt durchgeführte Alkohol-Testkäufe lehnen wir aber ab; der Staat darf nicht absichtlich Gelegenheiten zur Begehung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten schaffen;
- keine Einführung von Bürgerstreifen oder Bürgerwehren;

Eine reibungslose Zusammenarbeit von städtischen Ämtern und den Landesbehörden ist elementar zur Gewährleistung der Düsseldorfer Stadtsicherheit. Ohne die Polizei und die Gerichte mit einzubeziehen, ist kommunale Sicherheitspolitik nicht denkbar. Wir wollen

- eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Jugendamt, Staatsanwaltschaft und Gerichten, um Jugendkriminalität effektiv zu bekämpfen. Hierfür sind von städtischer Seite auch weiterhin die Bedingungen zu schaffen;
- die hohe Polizeipräsenz in der Altstadt an Wochenendnächten erhalten;
- keine Entkriminalisierung sog. Bagatelldelikte, diese sind oft der Einstieg in schwerere Straftaten. Hier darf es keine falsch verstandene Toleranz der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden sowie der Gerichte geben.

Die FDP tritt politischem Extremismus gleich welcher Couleur entschlossen entgegen. Wir lassen nicht zu, dass politisch Verwirrte unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Grundrechte und den Rechtsstaat in Frage stellen. Obwohl Düsseldorf als bunte und tolerante Großstadt vergleichsweise gut dasteht, muss auch hier dem Links- und Rechtsextremismus sowie religiösem Fundamentalismus das besondere Augenmerk der Zivilgesellschaft gelten. Die Gestaltungshoheit des gesellschaftlichen Miteinanders muss auch weiterhin in den Händen der Zivilgesellschaft liegen. Wir wollen

- gesellschaftliche Initiativen zur Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus, Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Antisemitismus in ihrer wertvollen Arbeit anerkennen und fördern;
- dass die Stadt an den Düsseldorfer Schulen verstärkt für Projekte gegen Extremismus wirbt und diese begleitet;
- die Stiftung eines Düsseldorfer Toleranz-Preises anregen. Dieser soll jährlich in feierlichem Rahmen an eine einzelne Person, eine Personengruppe oder eine Institution vergeben werden, die sich in Düsseldorf besonders um die Bekämpfung von Extremismus und um die Integration der Menschen in die Zivilgesellschaft verdient gemacht hat. Mit der Auszeichnung soll eine finanzielle Zuwendung zu Gunsten des honorierten Projektes verbunden sein. Die Kosten hierfür können durch das Sponsoring von Unternehmen gegenfinanziert werden, die sich mit den Idealen des Preises identifizieren möchten;
- sicherheitsrelevante Ausweisungen und Abschiebungen durch die kommunale Ausländerbehörde auch weiterhin vornehmen lassen. Personen ohne deutschen Pass, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik gefährden oder zur Gewalt aufrufen, müssen von der kommunalen Ausländerbehörde entsprechend den Möglichkeiten des § 54 AufenthG konsequent ausgewiesen werden;

- dass sich die im Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien vor dem Hintergrund der im Stadtrat auch vertretenen Parteien der politischen Ränder ihrer Verantwortung bewusst sind. Auch bei grundverschiedenen und gegensätzlichen Positionen ist es wichtig, den Randparteien nicht durch Polemik in die Hände zu spielen. Wir wollen, dass sich der demokratische Prozess der Willensbildung durch den Austausch von Argumenten vollzieht. Ziel ist dabei nicht unbedingt die Konsensbildung, sondern die respektvolle Darstellung von Differenzen mit dem Ziel, den Bürgern im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft verschiedene Alternativen aufzuzeigen und anzubieten.

Beschluss: Der Antrag wird auf den Kreishauptausschuss verwiesen.

- **Antrag 2** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2012
Antragsteller: Ortsverband 7

Ortsumgehung Gerresheim (L404n)

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP-Ratsfraktion wird aufgefordert, die Ortsumgehung Gerresheim (L404n) wie im Kommunalwahlprogramm 2009 beabsichtigt, im Bereich des Geländes der ehemaligen Glashütte schnellstmöglich in zur Erschließung in Angriff zu nehmen und Mittel im Haushalt bereitzustellen.

Beschluss: Der Antrag wird bei einigen Enthaltungen angenommen.

- **Antrag 3** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2012
Antragsteller: Dr. Robert Orth MdL

Schlosspark Kalkum für die Öffentlichkeit erhalten

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Düsseldorf setzt sich dafür ein, den Park und den Innenhof von Schloss Kalkum auch nach dem bevorstehenden Auszug des Landesarchivs unabhängig von der weiteren Nutzung des Schlosses für die Öffentlichkeit zugänglich zu halten.

Die offene Frage, was zukünftig mit dem extrem sanierungsbedürftigen Schlossgebäude geschieht, darf nicht dazu führen, dass der Park verwildert oder die Kalkumer Vereine die gelegentliche Nutzung des Innenhofes verlieren.

Der Park von Schloss Kalkum ist nicht nur für die Kalkumer Bürger selbst, sondern auch für die Einwohner umliegender Stadtteile wie Kaiserswerth, Angermund, Wittlaer und Lohausen ein wichtiges und beliebtes Naherholungsgebiet. Für die FDP ist deshalb klar, dass der Park für die Öffentlichkeit in Gänze erhalten und geöffnet bleiben muss. Um dies losgelöst von der weiteren Nutzung des Schlossgebäudes sicherzustellen, fordert die FDP Düsseldorf das Land auf, den Park an die Stadt für einen symbolischen Euro zu überschreiben. Anstelle des Landes wäre es dann zukünftig Aufgabe der Stadt, die Pflege des Parks zu übernehmen, welcher in den Augen der Düsseldorfer sowieso schon eine öffentliche Grünanlage der Stadt ist. Die Erfahrung der Stadt beim Unterhalt von Parkanlagen dürfte dem Park optisch guttun und finanziell sicher günstiger sein, als zurzeit der Unterhalt durch das Land.

Eine Übertragung des Parks auf die Stadt wäre für alle Beteiligten eine gute Lösung. Eine Bebauung von Parzellen des Parks lehnen die Liberalen ab.

Bei einer Umnutzung des Schlosses – gleich ob bei einem Verkauf an Private oder durch das Land NRW selbst – ist sicherzustellen, dass der Innenhof des Schlosses wie bisher schon für die örtlichen Vereine an einzelnen Tagen genutzt werden kann. Nicht nur der Sankt Martins Umzug ist weit über die Grenzen Kalkums hinaus bekannt.

Sollte sich das Land für einen Verkauf des Schlossgebäudes entscheiden, sollte es eine realistische Kaufpreisvorstellung entwickeln, um einen unnötig langen Leerstand zu vermeiden.

Beschluss: Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen.

- **Antrag 4** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2012
Antragsteller: FDP Kreisvorstand

Wachstum für eine freie Gesellschaft, Wohlstand und Arbeit

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Entfaltung des Individuums ebenso wie von Unternehmen heißt für uns Liberale Wachstum. Stetig entwickeln sich Menschen persönlich weiter, sind innovativ, verändern sich und ihre Umwelt und tragen so zu Fortschritt und Entwicklung bei. Mit der persönlichen Kreativität und Einzigartigkeit jedes Einzelnen verändern Menschen unsere Gesellschaft und bringen mit ihren Ideen sich selbst und ebenso die Gemeinschaft voran. Unternehmen produzieren Waren, Dienstleistungen und Ideen, fördern Innovation und setzen neue Ideen in wirtschaftlichen Erfolg und Arbeitsplätze um. Bildung, Wissenschaft und Forschung erweitern Horizonte nicht nur für jeden Einzelnen, sondern für die gesamte Gesellschaft und die Wirtschaft. Entwicklung und Entfaltung braucht Freiraum. Wachstum ist für Liberale ein Freiheitsthema.

Die FDP in Düsseldorf hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass kluge Politik Wachstum fördert. Düsseldorf steht wirtschaftlich erfolgreich da. Bundesweit steht unsere Stadt an zweiter Stelle der Neueintragungen im Handelsregister und auf dem ersten Platz bei der Neugründung von Unternehmen im High-Tech-Bereich. Mit unserer erfolgreichen Heinrich-Heine-Universität und den vielen exzellenten Hochschulen wie zum Beispiel die Fachhochschule, die Kunstakademie oder die Musikhochschule zieht Düsseldorf kluge Köpfe aus aller Welt an. Als bedeutender Standort für Mobilfunkunternehmen steht Düsseldorf in Europa an der Spitze moderner Kommunikationstechnologie. Damit unsere Stadt so erfolgreich wachsen konnte und weiter wachsen kann, haben Liberale in der Verantwortung gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU die Grundlagen gelegt: durch eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, durch eine klare Mittelstandsstrategie, durch Unterstützung von Existenzgründungen junger, innovativer Unternehmen, durch gute Schulen und eine Infrastruktur, die Menschen die Möglichkeit gibt, sich nach ihrem persönlichen Lebensmodell zu entfalten und durch vielfältige Angebote im Bereich von Kultur ihren Horizont zu erweitern.

Diesen Weg wollen und werden wir weitergehen. Dazu ist es notwendig, auch auf Bundesebene die richtigen Weichen zu stellen. Die Liberalen in der Regierungsverantwortung im Bund sind Garant dafür, dass mit wirtschaftlicher Vernunft, hoher Priorität für Bildung und Wissenschaft, Haushaltsdisziplin und einem starken Kompass für die Bürgerrechte die nötigen Freiräume für Wachstum erhalten und geschaffen werden.

Dabei muss es darum gehen, nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Kurzfristiger Aktionismus und durch staatliche Konjunkturprogramme angeheizte Strohfeuer ersetzen nicht eine Politik, die daran ausgerichtet ist, auf Marktkräfte zu setzen. Märkte verändern sich stetig, unsere Wirtschaftspolitik ist daher nicht darauf ausgerichtet, durch Protektionismus überkommene Geschäftsmodelle oder hergebrachte Industrien über ihre Zeit zu retten, sondern darauf, einen Rahmen für Entwicklung zu schaffen. Wachstum ist nicht nur Größenwachstum, sondern auch Wandel und das Entstehen neuer Möglichkeiten.

Nachhaltiges Wachstum kann kein zerstörerisches Wachstum sein, das seine eigenen Grundlagen verzehrt. Daher gehört zum Wachstum der behutsame und vorausschauende Umgang mit natürlichen Ressourcen und unserer Umwelt.

Unternehmen wachsen durch ihre Mitarbeiter. Daher muss wirtschaftlicher Erfolg auch bei den Menschen ankommen. Diejenigen, die den Aufschwung tragen und durch ihre Arbeit erst ermöglichen, müssen am Erfolg teilhaben. Wachstum muss Chance für alle sein.

Wachstum hat viele Voraussetzungen.

Die FDP Düsseldorf setzt sich deshalb unter anderem dafür ein, dass

- durch gute Bildungspolitik die Grundlage gelegt wird für die Entfaltung der Chancen und Fähigkeiten jedes Einzelnen. Persönliches Wachstum braucht Bildung. Allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft die besten Chancen mit auf den Weg zu geben, ist daher die Grundvoraussetzung für eine wachsende Gesellschaft und für die Entwicklung jedes Einzelnen zu einem verantwortungsvollen, eigenverantwortlichen Individuum sowie zu dessen wirtschaftlichem Erfolg. Die Schulpolitik in Düsseldorf werden wir daher weiter daran ausrichten, dass mit individueller Förderung und gleichzeitig ausreichender Herausforderung jedes Kind seine Talente voll entfalten kann.
- die berufliche Bildung in Düsseldorf durch Partnerschaften mit der Wirtschaft, insbesondere den Kammern, für Ausbildungsplätze ebenso wie für gute Berufsschulen weiter vorangebracht werden. Unser Ziel ist, dass alle Jugendlichen in Düsseldorf, die einen Ausbildungsplatz suchen, auch einen passenden finden. Mit gezielter Förderung werden wir weiterhin dafür sorgen, dass Jugendliche in den allgemeinbildenden Schulen alle Fähigkeiten mit auf den Weg bekommen, um erfolgreich eine Ausbildung zu absolvieren. Unsere Hochschulen werden wir auch künftig zu exzellenten Wissenschaftseinrichtungen weiterentwickeln. Mit aktiver Unterstützung für Technologietransfer werden wir die innovativen Unternehmen an wissenschaftlichen Erfolgen teilhaben lassen. Kooperationen zwischen Universität und Existenzgründern sowie anderen Unternehmen liegen uns dabei besonders am Herzen. Die FDP in Düsseldorf unterstützt entsprechende Initiativen und räumt diesen in ihrer Politik eine hohe Priorität ein.
- durch die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung öffentliche Mittel klug und nachhaltig eingesetzt werden. Unsere Politik, die nun im dreizehnten Jahr einen schuldenfreien Haushalt ermöglicht hat, ist die Basis für Vertrauen in wirtschaftlichen Erfolg und Zukunftsinvestitionen. Mit der FDP wird es in Düsseldorf auch weiterhin eine vernünftige Haushaltspolitik geben, die Unternehmen einen verlässlichen und wachstumsorientierten Rahmen bietet. Dazu gehört statt Schulden abzahlen zu müssen, die Freiräume im städtischen Haushalt dafür zu nutzen, die Belastung von Unternehmen mit Steuern und Gebühren weiter zu senken. Städte die gut gehaushaltet haben, müssen die Früchte ihrer Anstrengungen auch nutzen können. Es entspricht nicht unserer Vorstellung von Verantwortung, dass diese Städte für die Schulden anderer in Haftung genommen werden. Die FDP Düsseldorf wird sich weiter dafür einsetzen, dass die rot-grüne Minderheitsregierung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht diejenigen bestraft, die mit dem Geld der Bürger verantwortungsvoll umgehen.
- Wirtschaft und Handel konkurrenzfähig bleiben, global, national und kommunal. Auch die Unternehmen in Düsseldorf stehen den Herausforderungen des weltweiten Wettbewerbs mit zum Teil in aufstrebenden Schwellenländern kostengünstig agierender Unternehmen sowie der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise gegenüber. Hier kann nur bestehen, wer seine eigenen Stärken ausbauen und herausstellen kann. Für hiesige Unternehmen heißt dies Qualität, Innovation und Flexibilität. Damit schaffen Großunternehmen und Mittels-

tand Arbeitsplätze in Düsseldorf für Düsseldorf. Hierfür gilt es, zusätzliche Hürden in Form von standortunfreundlichen Gewerbesteuern und unnötiger Bürokratie zu beseitigen. Für den Einzelhandel ist Bürokratie auch gleichbedeutend mit festgelegten Ladenöffnungszeiten. Investoren haben heute viele Standorte in Deutschland und Europa zur Auswahl. Die Attraktivität eines Standortes ist daher unmittelbar auch mit der Gestaltung von Öffnungszeiten verbunden. Die FDP Düsseldorf unterstützt daher die Landtagsfraktion in ihrem Anliegen, die derzeitige Flexibilität der Ladenöffnungszeiten nicht zum Opfer der Regulierungswut der rot-grünen Minderheitsregierung unseres Landes werden zu lassen.

- Verkehr und Infrastruktur in Düsseldorf sich entsprechend den Bedürfnissen der Bürger weiterentwickeln. Die FDP Düsseldorf setzt sich dabei für einen guten Mix der Verkehrsträger ein. Wir wollen ein hohes Niveau des ÖPNV, gute Straßenverhältnisse und einen weiteren Ausbau der Radwegeverbindungen in Düsseldorf, damit jeder Bürger selbst entscheiden kann, welches Verkehrsmittel für ihn das Geeignete ist. Ein breites Verkehrsangebot trägt außerdem dazu bei, den Stadtverkehr effektiv auf mehrere Säulen zu verteilen und damit einseitige Belastungen zu vermeiden. Wegweisende Infrastrukturprojekte wie die Wehrhahnlinie und der Kö-Bogen stärken Düsseldorf weiter als attraktiven Ort für Bürger und Wirtschaft.
- durch Umweltschutz dazu beigetragen wird, dass natürliche Ressourcen geschont werden, um Wachstum auch für die kommenden Generationen zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Förderung regenerativer Energien, wie sie die Bundesregierung mit dem Programm zur Energiewende beschlossen hat. Wir wollen auf kommunaler Ebene dazu beitragen, dass durch regenerative Energien der Bedarf von Wirtschaft und Einwohnern an sicherer und verlässlicher Energie gedeckt ist. Dabei sind wir mit der Bundesregierung einer Meinung, dass wir Mittel effektiv einsetzen müssen. Staatliche Förderung darf es nur zeitlich begrenzt und als Anschlag für den Markteintritt geben. Die vielen Menschen in Düsseldorf, die durch Solarpaneele auf ihren Dächern einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, haben keine Einbußen bei der zugesagten Förderung zu befürchten. Die FDP Düsseldorf anerkennt ausdrücklich die Verantwortung der Eigentümer für unsere Umwelt. Es ist aber für die Zukunft wichtig, dass nicht mehr über 50% der für regenerative Energien zur Verfügung stehenden Fördermittel für nur 3% der erzeugten Energie aufgewendet wird. Damit leisten wir einen Bärendienst für Umwelt und Klima und entziehen künftigen Generationen ihren Spielraum für Wachstum und Wohlstand.
- mit der Lokalen Agenda 21 mit lokalen Projekten auch in unserer Stadt die Grundlage für Klimaschutz, Umweltschutz und nachhaltiger Nutzung unserer Ressourcen gelegt wird. Die FDP in Düsseldorf strebt dabei an, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft in unserer Stadt unsere lebenswerte Natur zu erhalten, Energie zu sparen und Anreize zu setzen, umweltgerecht zu wohnen und zu leben. Im Einklang mit der Initiative der Bundesregierung zur Förderung der Elektromobilität wollen wir mit der Einrichtung von speziellen Parkplätzen für Elektroautos insbesondere in der Innenstadt umweltgerechte Mobilität fördern. Die Stadt geht mit E-Autos im eigenen Fuhrpark bereits mit gutem Beispiel voran. Auch durch die Flächennutzungspläne berücksichtigen wir nachhaltige Entwicklung und ein qualitatives Wachstum der Lebensqualität unserer Stadt.
- eine schlanke Verwaltung und ein innovatives bürger- sowie wirtschaftsfreundliches E-Government-Konzept die Menschen und Unternehmen von Bürokratie entlastet. Kosten und Zeit der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen nicht für Verwaltungsvorgänge aufzuwenden sein, sondern für persönliches und wirtschaftliches Wachstum. Mit ihrem E-Government-Konzept ist Düsseldorf bundesweit beispielhaft für die effektive Nutzung moderner Technologie in der Verwaltung. Wir wollen darin fortfahren, Verwaltungsvorgänge zu beschleunigen und gerade für Existenzgründer bürokratische Hürden abzusenken. Langwierige Verfahren binden Kräfte, die besser für Kreativität, Innovation und damit Wachstum genutzt werden können.
- Kulturförderung die Vielfalt und Kreativität erhält, die unsere Stadt nicht nur lebenswert und bunt macht, sondern auch für gesellschaftliche Entwicklung unabdingbar ist. Gesellschaftliches Wachstum braucht kulturelle Impulse, um sich mit Entwicklungen auseinanderzusetzen, Ideen zu verarbeiten und einen kritischen Diskurs aufzugreifen. Dabei sind gerade junge Künstler und die alternative Kulturszene wesentliche Motoren der gesellschaftlichen Entwicklung. Daher setzt die FDP in Düsseldorf darauf, für diese Angebote in Kulturzentren Raum vorzuhalten und dadurch zu unterstützen. Auch die Kulturmittel der Stadt wollen wir so einsetzen, dass neue, junge und alternative Projekte ausreichend zur Bereicherung des Angebotes beitragen.
- die strikte Einhaltung der Balance von Sicherheit und Freiheit dafür sorgt, dass sich die Menschen ohne Angst in ihrer Individualität frei entfalten können. Die effektive Prävention und Bekämpfung von Kriminalität durch eine personell und sächlich gut ausgestattete Polizei ist für unseren Rechtsstaat selbstverständlich. Daher setzt die FDP in Düsseldorf auf eine Stadtplanung, die Gefahrenräume vermeidet, und auf eine Polizei, die dort besondere Präsenz zeigt, wo Gefahrenschwerpunkte sind. Persönliche Entfaltung und damit auch Persönlichkeitswachstum braucht die Gewissheit, dass in einer Gesellschaft Unterschiede und Vielfalt, Non-Konformismus und Individualität möglich sind. Dauerhafter Überwachungsdruck führt zu einer Gesellschaft, in der diese Gewissheit abhanden kommt. Damit wird Kreativität und Individualität, die nicht nur den Einzelnen wachsen und reifen lässt, sondern auch zu Wachstum und Entwicklung der Gesellschaft unabdingbar ist, unterdrückt. Daher wollen wir keine flächendeckende Videoüberwachung in unserer Innenstadt oder unseren öffentlichen Verkehrsmitteln. Dem Datenschutz messen wir deshalb auch in Düsseldorf besondere Bedeutung bei. Die FDP in Düsseldorf unterstützt die Initiative der schwarz-gelben Koalition im Bund, eine Stiftung Datenschutz zu errichten, und fordert alle Düsseldorfer Unternehmen, vor allem im Bereich der Telekommunikation auf, sich aktiv an der Etablierung höchster Datenschutzstandards zu beteiligen. Wir setzen darauf, dass Düsseldorf nicht nur Top-Plätze bei High-Tech und Telekommunikation einnimmt, sondern auch beim

Umgang mit den dabei anfallenden Daten. Für die FDP in Düsseldorf ist klar, dass Datenschutz auch im Verwaltungshandeln oberste Priorität besitzen muss. Eine Verwaltung, die wo immer möglich bei ihren Angeboten die Notwendigkeit der Erhebung persönlicher Daten überprüft und reduziert, schafft Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern und vermindert auch die Gefahr von Missbrauch der Daten sowie Datenpannen.

- die Stärkung des Verbraucherschutzes Wachstum bei den Unternehmen fördert, die mit guter Qualität, Sicherheit für ihre Kunden und der Achtung gesetzlicher Vorschriften am Markt punkten. Unternehmen, die durch "schwarze Schafe" in ihren Branchen kein Vertrauen mehr genießen, können unverschuldet nicht entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrem guten Angebot wachsen. Für die FDP in Düsseldorf ist daher klar, dass Vorschriften zum Verbraucherschutz in unserer Stadt konsequent umgesetzt werden müssen. Mit ausreichenden Kontrollen im Bereich des Lebensmittelrechts wollen wir sicherstellen, dass die Verbraucher in Düsseldorf sich der Qualität der Produkte gewiss sein können. Durch die konsequente Beachtung des Verbraucherinformationsgesetzes trägt die Stadt Düsseldorf gegenüber den Menschen in unserer Stadt dazu bei, dass Transparenz gewahrt und Missstände schnell aufgedeckt werden. Geheimniskrämerei darf es nicht geben, wenn es um Sicherheit von Lebensmitteln und die Gesundheit der Menschen unserer Stadt geht.
- durch den Abbau bürokratischer Hürden bürgerschaftliches Engagement gefördert wird. Unsere Gesellschaft wächst und gedeiht, wenn die Menschen sich füreinander und für das Gemeinwohl engagieren. Das Ehrenamt in unserer Stadt wollen wir fördern und unterstützen. Wachstum für unsere Gesellschaft bedeutet auch Zusammenwachsen. Daher sind für uns Projekte und Initiativen, die sich für Integration und gegenseitiges Verständnis einsetzen, von besonderer Bedeutung.
- dass Kinder unter dem besonderen Schutz der Gesellschaft gut aufwachsen können. Gute Betreuungsangebote kann der Staat nicht alleine zur Verfügung stellen. Zum Wachstum gehört es für uns ganz besonders, dass Kinder so aufwachsen können, dass sie soziale Kompetenz erwerben, ihre Neugier stillen und schon früh in ihren Talenten gefördert werden. Nachbarschaftshilfen oder Elterninitiativen zur Kinderbetreuung sind für uns daher besonders förderungswürdig. Wir wollen daher die bürokratischen
- Hürden senken, um Kindertagesbetreuung anzubieten und durch die Stadtverwaltung Hilfen anbieten, um durch bürgerschaftliches Engagement gerade Kinder zu unterstützen.
- die Bereicherung unserer Gesellschaft durch Ältere, die die Grundlagen für künftiges Wachstum durch ihre Erfahrungen und ihr Wissen gelegt haben, ausdrücklich gewürdigt wird. Gesicherte Pflege im Alter, aber auch eine altersgerechte Gestaltung unserer Stadt geben uns die Möglichkeit, uns durch die Lebenserfahrung der Älteren weiterzuentwickeln. Wir wollen daher unsere Stadt für alle Generationen lebenswert erhalten und beim Wachstum Düsseldorfs darauf achten, dass die vielfältigen Angebote etwa bei Kultur, beim Sport oder der Naherholung für Menschen allen Alters zugänglich sind.
- Leistungs- und Breitensport weiterhin gefördert werden. Gerade im Sport wachsen Menschen über sich hinaus. Sport trägt erheblich zur Entwicklung unserer Gesellschaft bei, indem er vor allem im Verein Integration, Fairness und Verantwortung unterstützt. Die Sportstätten unserer Stadt wollen wir daher vor allem für den Breitensport weiter ausbauen. Die zahlreichen Sportvereine wollen wir auch weiterhin fördern und ihnen auch die Möglichkeit geben, mit Schulen zu kooperieren, um Nachwuchs zu fördern und mehr Menschen für Sport zu begeistern. Aber auch im Bereich des Spitzensports hat Düsseldorf viel zu bieten. Die Leistungen stacheln viele andere dazu an, sich anzustrengen und selbst an sportlichen Herausforderungen zu wachsen. Der Spitzensport ist zudem ein Aushängeschild für unsere Stadt. Wir unterstützen daher die Anstrengungen der schwarz-gelben Koalition im Bund, auch in Zeiten knapper Kassen den Spitzensport angemessen zu fördern und setzen uns dafür ein, dass Düsseldorf angemessen davon profitiert. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist das Sportinternat, welches dazu beiträgt, junge Leistungssportler zu fördern und damit den Spitzensport in Düsseldorf nachhaltig zu unterstützen.

Beschluss: Der Antrag wird auf den Kreishauptausschuss verwiesen.

- **Antrag 5** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2012
Antragsteller: Junge Liberale Düsseldorf

Düsseldorf verzichtet auf UNESCO-Welterbestatus

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Düsseldorf lehnt Überlegungen seitens der Stadtverwaltung ab, bestimmte Teile des Düsseldorfer Stadtbildes zum UNESCO-Welterbe erklären zu lassen.

Die Altstadt von Kaiserswerth oder Schloss Benrath werden auch ohne einen teuren Titel weiterhin bei Düsseldorfern oder Besuchern beliebte Ausflugsziele und Highlights im Stadtbild sein. Eine Finanzierung einer internationalen Kulturbürokratie aus städtischen Mitteln ist demgegenüber eine nutzlose Ausgabe, die zudem zum Gefahr einer Einmischung von mit den örtlichen Gegebenheiten nicht vertrauten UNESCO-Stellen in die künftige Stadtplanung mit sich bringen würde.

Beschluss: Der Antrag wird auf den Kreishauptausschuss verwiesen.

TOP 19 Verschiedenes

Ein Hinweis zum geplanten Kulturfrühstück der Bundestagsfraktion am 18. März 2012, dieser findet wegen der Bundespräsidentenwahl nicht statt. Der neue Termin ist für den 6. Mai 2012 geplant. Der 27. März 2012, 19.30 Uhr, wird für den nächsten Kreishauptausschuss festgelegt. Hauptsächlich sollen auf dem Kreishauptausschuss die verwiesenen Anträge behandelt werden.

Gisela Piltz dankt den Mitgliedern, dem Präsidium, der Zählkommission, den Stimmeneinsammlern und -auszählern und den Mitarbeitern für den sehr guten Tagungsverlauf und schließt den Parteitag.

Ende des Parteitages 15:30 Uhr

Helmut von Richter
Versammlungsleiter

Dina Simao-Voigt
Protokollantin